

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Das Beihilfenverbot und seine Stellung innerhalb des EG-Vertrages .....</b>	<b>21</b>
1. Die Bedeutung des Beihilfenverbotes im Steuerrecht .....	21
2. Ein kurzer Überblick über die Beihilfenvolumina am Gemeinsamen Markt .....	26
3. Zielsetzung und Regelungsarchitektur des gemeinschaftsrechtlichen Beihilfenregimes.....	28
4. Abgrenzung des Art 87 EG gegenüber Art 96 EG .....	31
<b>II. Die Anwendung des Beihilfenverbotes des Art 87 EG in Steuersachen.....</b>	<b>39</b>
1. Der Beihilfenbegriff .....	39
1.1. Formneutralität und Dynamik des Beihilfenbegriffs.....	39
1.2. Außerfiskalische Regelungsziele als mögliches Beihilfenindiz.....	43
1.3. Beihilferegelungen/programme vs Einzelbeihilfen .....	47
1.4. Ermessen und unbestimmte Rechtsbegriffe unter der EG-Beihilfenkontrolle .....	52
1.5. Behördliches „Entgegenkommen“ als Beihilfenverstoß der Vollziehung? .....	63
2. Staatliche Finanzierung der Beihilfe .....	72
3. Unternehmen oder Produktionszweige als Begünstigte.....	75
4. Begünstigungswirkung .....	79
5. Spezifität der Begünstigten – Selektivität der Maßnahme.....	88
5.1. Gattungsmäßig individualisierbare Begünstigungen vs allgemeine Wirtschaftsfördermaßnahmen.....	88
5.2. Das beihilfenrechtliche Prüfungsschema zur Enttarnung begünstigender Ausnahmevorschriften .....	94
5.3. Die Abgrenzung des EG-Beihilfenverbotes von nationalem Gleichheitssatz und EG-Grundfreiheiten.....	97
5.4. Die Formulierung der Besteuerungslogik als Angelpunkt und Wertentscheidung in der Abgrenzung des Regelsteuertatbestandes .....	104
5.5. Die Beurteilung föderaler Steuerstrukturen unter dem EG-Beihilfenverbot.....	118
5.6. Die Belastung der Minderheit als „Beihilfe“ an die Mehrheit? .....	122
5.7. Die Auswahl des Besteuerungsgegenstandes als Beihilfeneinräumung?.....	128
6. Wettbewerbsverfälschung.....	130
7. Grenzüberschreitende Handelsbeeinträchtigung.....	136
8. Spürbarkeitsschwelle (De-minimis-Grenze) .....	140

9. Materiellrechtliche Einschränkung des Beihilfenverbotes durch Ausnahmekataloge .....	144
10. Kritik am Beihilfenverbot des Art 87 EG.....	148
<b>III. Die Bedeutung des Durchführungsverbotes innerhalb des Beihilfenverfahrens .....</b>	<b>153</b>
1. Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubeihilfen in Art 88 EG .....	153
2. Das Verfahrensregime für „Altbeihilfen“ in Art 88 EG .....	156
3. Das Verfahrensregime für „Neubeihilfen“ in Art 88 EG.....	159
4. Das Durchführungsverbot zur Absicherung des Verfahrensregimes für Neubeihilfen.....	166
5. Das durch das Durchführungsverbot geschaffene Kompetenzdreieck zwischen Kommission, nationalen Instanzen und EuGH.....	169
6. Gilt das Durchführungsverbot auch für den Fall der Umgestaltung bestehender Beihilfen?.....	173
7. Ausdehnung des Durchführungsverbotes durch Verengungen des „Altbeihilfenbegriffs“ in der Beitrittsakte Österreichs .....	177
8. Einschränkung des Durchführungsverbotes durch Erweiterungen des „Altbeihilfenbegriffs“ in der VO 659/1999....	181
<b>IV. Notifikationsverpflichtung und Durchführungsverbot im Normsetzungsprozess .....</b>	<b>185</b>
1. Die verfahrensrechtliche Verpflichtung des Normsetzers aus dem Notifikationsgebot des Art 88 Abs 3 Satz 1 EG .....	185
2. Der „richtige“ Zeitpunkt einer rechtzeitigen Notifikation .....	185
2.1. Vergleich mit der Notifikationsverpflichtung nach der InformationsRL 98/34/EG.....	185
2.2. Notifikationspflicht nach Art 88 Abs 3 Satz 1 EG auch noch vor Abschluss des Normsetzungsverfahrens? .....	188
2.3. Stellungnahmen von EuGH, Kommission und nationalen Gerichten zum Notifikationszeitpunkt.....	196
2.4. Nähere Eingrenzung des Notifikationszeitpunktes im österreichischen Normsetzungsverfahren.....	200
3. Legistische Klauseln als Alternative zu einer Notifikation vor Abschluss des Normsetzungsverfahrens? .....	204
4. Verpflichtung von Bundespräsident oder Bundeskanzler zur Blockierung des Gesetzgebungsverfahrens bei Notifikationsverstoß? .....	209
<b>V. Auswirkungen des Durchführungsverbotes auf den Anwendungsbefehl nationaler Gesetze und Verordnungen .....</b>	<b>215</b>
1. Überblick über die Rechtsfolgen der Missachtung des Durchführungsverbotes.....	215

2. Auswirkung des Durchführungsverbotes auf Geltung und Anwendbarkeit einer rechtswidrigen nationalen Beihilferegulung .....	216
3. Beachtlichkeit des Anwendungsvorranges des Durchführungsverbotes auf Vollziehungsebene.....	223
4. Wirkung eines EuGH-Vorabentscheidungsurteils auf andere laufende Verfahren.....	230
5. Die „Richtung“ der Verdrängungswirkung des Durchführungsverbotes: Totalversagung vs Ausdehnung der Beihilfe als mögliche Schlussfolgerungen .....	235
6. Gemeinschaftsrechtliche Argumente gegen die Ausdehnung als alternative Schlussfolgerung aus dem Durchführungsverbot.....	241
7. „Sitz“ der Gemeinschaftsrechtswidrigkeit bei Annahme einer Wirkungsambivalenz des Durchführungsverbotes.....	246
8. Auswirkung des Durchführungsverbotes auf die Einhebung von Abgaben mit beihilfenwidriger Zweckwidmung.....	252
9. Auswirkung des Durchführungsverbotes auf Einhebungs- und Auszahlungsmaßnahmen.....	264
<b>VI. Die Beihilfenrückabwicklung als Folge eines Verstoßes gegen das Durchführungsverbot .....</b>	<b>267</b>
1. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben zur Rückabwicklung von rechtswidrigen Beihilfen .....	267
1.1. Formelle vs materielle Gemeinschaftsrechtswidrigkeit von Beihilfen .....	267
1.2. Abriss über die Judikaturentwicklung der Gemeinschaftsgerichte zur Beihilfenrückforderung .....	268
1.3. Antragsgebundenheit der Rückabwicklung rechtskräftig abgeschlossener, formell rechtswidriger Beihilfen?.....	274
1.4. Bedeutung des nationalen Rechts für die Rückabwicklung rechtskräftig abgeschlossener, formell rechtswidriger Beihilfen .....	281
2. Die Auswirkung einer späteren Kommissionsgenehmigung auf das Durchführungsverbot und seine „Deaktivierung“ .....	288
2.1. Die nachträgliche Kommissionsgenehmigung des EAVG ....	288
2.2. Deutungsansatz 1: Absteckung des Rückabwicklungsgegenstandes durch Kommissionsgenehmigung.....	293
2.3. Deutungsansatz 2: Präklusion von Konkurrentenansprüchen durch Kommissionsgenehmigung .....	303
2.4. Der Umfang des Rückabwicklungsvolumens in Deutungsansatz 1 und 2.....	308
2.5. Deutungsansatz 3: Vorläufige Rückabwicklung als Überbrückung bis zur Kommissionsgenehmigung.....	311
2.6. Zusammenfassung .....	314

3. Mitgliedstaatliche Umsetzung einer Rückforderungs- entscheidung der Kommission bezüglich formell und materiell rechtswidriger Beihilfen.....	317
4. Rechtsschutzmöglichkeiten des Konkurrenten gegen „Beihilferegeln“ in Gesetzen und Verordnungen vor dem VfGH.....	330
4.1. Die Entwicklung eines weiten Präjudizialitäts- verständnisses durch den VfGH .....	330
4.2. Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts vor dem VfGH und seine Rückwirkung auf die Präjudizialität.....	333
4.3. Die Besonderheit des Durchführungsverbotes und die daraus resultierende Rolle des VfGH in der Beihilfenkontrolle .....	337
5. Rechtsschutzmöglichkeiten des Konkurrenten gegen Beihilfen vor den Abgabenbehörden .....	340
5.1. Notwendigkeit eines weiteren Rechtsschutzes neben der Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde? .....	340
5.2. Begründung einer steuerlichen Konkurrentenklage vor den Abgabenbehörden.....	344
6. Rechtsschutzmöglichkeiten des Konkurrenten vor den ordentlichen Gerichten .....	359
6.1. Anwendung des UWG als Konkurrentenschutz gegen steuerliche Beihilfen? .....	359
6.2. Die Anwendung des AHG als Konkurrenten- entschädigung .....	364
<b>VII. Ergebnisse .....</b>	<b>367</b>